

# „Wir sind Vertreter der Kassen“

INTERVIEW. Der neue GKV-Spitzenverband spielt eine wichtige Rolle bei Fragen zum Beitragseinzug. Wir sprachen mit der Vorstandsvorsitzenden Dr. Doris Pfeiffer.

**personalmagazin:** Eine neue Organisation im Krankenkassenbereich: Was waren die Hauptgründe, um diesen neuen Verband zu installieren?

**Dr. Doris Pfeiffer:** Es war ganz klar eine politische Entscheidung. Die Aufteilung in verschiedene Kassenarten sollte beendet werden. Gleichzeitig wollte man vermeiden, dass die Abstimmung zwischen den Verbänden zum Zeitverlust führt. Wir sind ein sehr schlanker Verband, der in diesem Jahr auf lediglich zirka 150 Mitarbeiter wachsen wird.

**personalmagazin:** Wie definieren Sie die Rolle Ihres Verbandes gegenüber den Entgeltabrechnern. Rundschreiben und Besprechungsergebnisse sind das bisherige Instrument der Gesetzesinterpretation. Wird es bei dieser Art der Verbreitung bleiben?

**Pfeiffer:** Unser gesetzlicher Auftrag ist es, auch die wichtigen und grundsätzlichen Entscheidungen im Beitragsrecht zu treffen. In den uns zugewiesenen grundsätzlichen Fach- und Rechtsfragen müssen und werden wir für die Krankenkassen entscheiden, dabei aber selbstverständlich mit den heutigen Experten weiter zusammenarbeiten. Natürlich müssen die Entscheidungen, die wir gemeinsam mit den anderen Sozialleistungsträgern treffen werden, auch bekannt gemacht werden. Ob es in Zukunft auch bei der Bezeichnung „gemeinsames Rundschreiben“ bleibt, will ich einmal offenlassen. Wir sind dabei, entsprechende Formen zu entwickeln und werden das natürlich auch kommunizieren. Dabei bleiben die

einzelnen Krankenkassen die Partner der Betriebe.

**personalmagazin:** Beitragseinzug durch die Krankenkasse, das hat bei einem einheitlichen Beitragssatz keine sonderliche Begründung mehr. Warum hat man nicht wie im ersten Gesetzentwurf vorgesehen einen gemeinsamen Beitragseinzug realisiert?

**Pfeiffer:** Die Verlagerung des Beitragsinzugs ist komplett aus dem Gesetzentwurf herausgenommen worden. Auch 2011 wird es keine gemeinsame Beitragseinzugsstelle geben, sondern die Möglichkeit für die Arbeitgeber, über Weiterleitungsstellen alle ihre Meldungen, Beiträge und Nachweise zu liefern. Das heißt aber nicht, dass der Beitrags-

gebern immer wieder höre, nämlich dass die Kasse auch vor Ort Auskunft geben sollte. Und es wird befürchtet, dass man sich in Zukunft an eine zentrale Behörde wenden muss, die weit weg vom Unternehmensstandort ist. Hier kann ich Entwarnung geben, denn die Kassen vor Ort bleiben Ansprechpartner in Fragen der Entgeltabrechnung.

**personalmagazin:** In der Praxis gibt es immer wieder Probleme bei der Abstimmung zwischen Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht. Wäre jetzt nicht Gelegenheit zu einer neuen und besseren Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Finanzbehörde?

**Pfeiffer:** Es wird immer wieder die Fälle geben, dass die Sozialversicherung die

---

„Auch 2011 wird es keine gemeinsame Beitragseinzugsstelle, sondern die Möglichkeit einer gemeinsamen Weiterleitungsstelle geben.“

---

einzug von den Kassen weggenommen wird. Wir haben die Aufgabe, Kriterien zur Benennung und Verteilung der Weiterleitungsstellen festzulegen, was eine heikle Aufgabe sein wird.

**personalmagazin:** Die Krankenkassen argumentieren aber, dass ihre Beratungskompetenz vor Ort bei den Betrieben leidet, wenn man den Beitragseinzug zentralisiert.

**Pfeiffer:** Das ist natürlich ein Argument, das ich vor allem von kleineren Arbeit-

Situation anders einschätzt als die Finanzbehörden. Nach meinem Eindruck ist aber das Interesse zur Abstimmung bei der Sozialversicherung größer als bei der Finanzverwaltung.

**personalmagazin:** Ein großes Problem in der Praxis: Eine Einzelfallentscheidung durch die Einzugsstellen wird später häufig von einem Betriebsprüfer der Rentenversicherung abweichend ausgelegt. Wie wäre es mit einer verbindlichen Anrufungsauskunft wie es in



**Dr. Doris Pfeiffer**

ist Vorstandsvorsitzende des neuen GKV-Spitzenverbands. Davor war sie Vorsitzende des VdAK/AEV.

Lohnsteuerfragen möglich ist?

**Pfeiffer:** Da bin ich skeptisch, ob man dieses Problem vollständig lösen kann. Denn der Prüfer prüft ja nicht nur die Entgeltabrechnung des Arbeitgebers, sondern auch den Beitragseinzug der Kasse. Es gibt ja gelegentlich den Vorwurf, dass sich eine Kasse bei der Beitragsentscheidung auch von Wettbewerbsgedanken leiten lässt. Es wird deshalb wohl nicht möglich sein, zu vereinbaren, dass das was die Einzugsstelle sagt verbindlich ist und die deutsche Rentenversicherung sich auch daran halten muss. Im Übrigen ändert sich ja nichts an der Tatsache, dass sich im Vorfeld alle am Beitragseinzug Beteiligten über strittige Fragen einigen sollten oder sogar müssen.

**personalmagazin:** Sind Sie optimistisch, dass sich in der Geschwindigkeit bei Entscheidungen für Abrechnungsfragen etwas ändern wird?

**Pfeiffer:** Es ist unser absolutes Interesse, möglichst schnell verbindliche Lösungen zu finden. Natürlich steht auch bei

uns der Kompromiss bei unterschiedlichen Ansichten oder dem Beitragseinzug an erster Stelle. Allerdings haben wir durch den Gesetzgeber auch die Möglichkeit bekommen, bei unüberwindlichen Hindernissen zwischen den Beteiligten in der GKV schlicht und einfach zu sagen: „Dann ist es jetzt so.“ Vergessen darf man jedoch nicht, dass wir uns nicht als Behörde empfinden und dies auch durch den Gesetzgeber nicht geplant wurde. Wir sind vielmehr Vermittler und Sprachrohr der Kassen. Dies bedeutet, dass wir auch eine entsprechende Rückkopplung zu den Kassen wollen und auch praktizieren werden.

**personalmagazin:** Gibt es schon Vorgaben oder Wünsche zu Ihrer Mitwirkung in künftigen Gesetzgebungsverfahren?

**Pfeiffer:** Ich gehe davon aus, dass wir künftig zu den Anhörungen geladen werden und auch darüberhinaus stehen wir der Politik jederzeit gerne als Gesprächspartner zur Verfügung.

**personalmagazin:** Kann man Sie insoweit als verlängerten Arm des Gesundheitsministeriums bezeichnen?

**Pfeiffer:** Definitiv nein! Wir sind keine Unterorganisation des Ministeriums, sondern der Vorstand wurde von den Vertretern der Kassen gewählt. Wir haben eine Selbstverwaltung mit einer Mitgliederversammlung, bei der die einzelnen Kassen Stimmrecht haben, und einen Verwaltungsrat, der wiederum den Vorstand gewählt hat. Finanziert werden wir im Übrigen allein durch ein Umlagesystem bei den Krankenkassen.

**personalmagazin:** Was ist mit den Systemprüfungen und Abstimmungen unter den Entgeltabrechnungsanbietern, wird es hier bei der bisherigen Abstimmung durch die ITSG bleiben?

**Pfeiffer:** Wir sind Gesellschafter der ITSG und sind hier auch in Zukunft für alle übergreifenden Datenfragen in Sachen

Entgeltabrechnung mitverantwortlich.

**personalmagazin:** Wie viele Krankenkassen wird es Ihrer Einschätzung nach in fünf Jahren noch geben?

**Pfeiffer:** Kein Mensch kennt die genauen Auswirkungen, die der neue Risikostrukturausgleich im Rahmen des Gesundheitsfonds bringen wird. Auch über die Frage, wie nach der Einführung des einheitlichen Beitragssatzes das Wechselverhalten sein wird, kann man nur spekulieren. Im Moment weiß noch keine Kasse, was ihr blüht. Die Frage ist insbesondere deswegen spannend, weil durch die Zusatzbeiträge die Transparenz über einen konkreten Eurobetrag den Versicherten deutlicher als bisher vor Augen ist. Ich habe die Erwartung, dass es eine stärkere Wechselbereitschaft geben wird. Meine Vermutung ist, dass es einen noch stärkeren Konzentrationsprozess geben wird als bisher.

**personalmagazin:** Wie wird der erste gemeinsame Beitragssatz zum Jahreswechsel aussehen?

**Pfeiffer:** Hier kann derzeit noch keine Prognose abgegeben werden. Vor dem Herbst wird in diesem Jahr auch keine gesicherte Aussage zu treffen sein. Wichtig für uns, das heißt für die Kassen ist, dass ab 2009 der Beitragssatz zwingend 100 Prozent der Ausgaben abdecken muss. Die Botschaft und auch das Interesse der Krankenkassen ist, dass zumindest im Schnitt ein Zusatzbeitrag vermieden wird. Apropos Zusatzbeitrag: Die Versicherten müssen dennoch damit rechnen, dass schon in 2009 Zusatzbeiträge erhoben werden. Die Krankenkassen werden dies noch in 2008 kalkulieren und ihren Mitgliedern offenlegen. Wenn der Risikostrukturausgleich und der Beitragssatz explizit festgelegt sind, können die Krankenkassen genau ausrechnen, wie viel Mittel sie für das kommende Jahr zur Verfügung haben werden. ■

Das Interview führten **Thomas Muschiol** und **Wolfgang Bach**.